

# **Nachrichten und Informationen der Ersatzkassenverbände in Sachsen-Anhalt**

Magdeburg, 24. Oktober 2008

## **Deutschland in der Demografiefalle Kranken- und Pflegeversicherung im Umbruch?**

**Magdeburg.** Ersatzkassen ziehen die Zweckmäßigkeit der Gesundheitsreform angesichts der demographischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts massiv in Zweifel. Auf dem XI. gesundheitspolitischen Symposium der Konrad Adenauer Stiftung erklärte Dr. Holst, Leiter VdAK/AEV- Landesvertretung Sachsen-Anhalt: „Die Einführung des Gesundheitsfonds und die gleichzeitige Einführung eines einheitlichen Kassenbeitrages, als auch des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleiches sind ein Pyrrhussieg der Ärzte und Krankenhäuser. Die Menschen zahlen künftig noch mehr Geld in den Gesundheitssektor, ohne dass damit eine spürbar verbesserte medizinische Versorgung einhergeht. Der Fonds gibt auf die Finanzierungsprobleme der Zukunft keine Antwort“. Holst stellte fest, dass insbesondere mit die Einführung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleiches bei den Krankenkassen und der morbiditätsorientierten Vergütung von Ärzten und Krankenhäusern ein Run auf die richtigen Diagnosen einsetze, der die Republik statistisch gesehen kränker mache und gerade Arme und Alte über die dann notwendigen Zusatzbeiträge stärker zur Kasse bitten werde. Als Gewinner stehen heute schon Krankenhäuser, Ärzte und Pharmaunternehmen fest - sie bleiben auch künftig von wirksamen ökonomischen Beschränkungen verschont.“

**VdAK/AEV-Landesvertretung Sachsen-Anhalt,  
Presse: Dr. Volker Schmeichel, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg,  
Tel.: 03 91 / 5 65 16 - 20, Fax: 03 91 / 5 65 16 - 30,  
E-Mail: LV-Sachsen-Anhalt@vdak-aev.de, Internet: <http://www.vdak-aev.de>**

Mit Blick auf den Kabinettsbeschluss, den einheitlichen Beitragssatz auf 15,5 Prozent festzulegen, entsteht der gesetzlichen Krankenversicherung 2009 eine Finanzierungslücke von 3 Mrd. Euro. Dies wird 2009 einige gesetzliche Kassen dazu zwingen, Zusatzbeiträge zu erheben, die allein von den Versicherten zu tragen sind.

"Sollen die Kosten, wie von Politik aber immer wieder erklärt und auch vom Gesetz gefordert, zu 100 Prozent gedeckt sein, so ist dies mit einem Beitragssatz von 15,5 Prozent nicht zu realisieren. Die Politik muss dann auch die Kraft haben, durch gesetzlich flankierende Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die Kassen und damit die Versicherten entlastet werden", erklärt Dr. Klaus Holst.